

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | September 2022 | Nummer 3



Russlands Repression gegen Indigene

Nicht einmal an der Uno sind Indigene vor Russland sicher

Seit dem Ukrainekrieg ist Menschenrechtsarbeit in Russland lebensgefährlich. Einige mutige Indigene lassen sich davon aber nicht einschüchtern. Aus ihrem europäischen Exil kontern sie die Propaganda des Kremls und machen weiterhin Menschenrechtsverletzungen öffentlich. Die GfbV hat jüngst ihre Zusammenarbeit mit den Exil-Indigenen intensiviert und sie bei ihrem Besuch an die Uno nach Genf begleitet.

Anfang Juli reisten drei russische Indigene in die Schweiz, um über die katastrophale Menschenrechtssituation in ihrer Heimat zu sprechen. Diese hat sich seit Beginn des russischen Feldzugs drastisch verschlimmert. Während des jährlichen Treffens des Uno-Expertenmechanismus für die Rechte indigener Völker (EMRIP) in Genf berichteten die Indigenen, wie das Regime ihre Gemeinschaften zerstört. Die GfbV begleitete sie bei ihrem Besuch.

Die drei Aktivist:innen haben etwas gemeinsam: Sie alle flüchteten aus ihrer Heimat ins Exil. Das widerfuhr auch Yana Tannagasheva, eine Schor aus Südsibirien: Sie musste mitansehen, wie ein KohleKonzern das Dorf ihrer Eltern vernichtete. Nachdem sie sich dagegen einsetzte, wurden sie und ihre Familie von Sicherheitskräften bedroht. Seither leben sie im politischen Asyl in Schweden. Am EMRIP kritisierte Tannagasheva das russische Regime scharf, wofür sie viel Beachtung und Solidarität erhielt. Doch wegen ihrer ungeschönten Kritik wurde sie im UN-Plenarsaal von einem Vertreter des russischen Außenministeriums beispiellos verbal attackiert und bedrängt (*mehr dazu im Kasten Seite 3*).

In Genf ging die indigene Delegation an zwei von der GfbV mitorganisierten Podien vertieft auf die Gefahrenlage ein. Dabei waren auch Lailá Susanne Vars, samische Beraterin des UN-Menschenrechtsrats, so-



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**



Industrieanlage von Norilsk Nickel nahe der stark verschmutzten arktischen Stadt Norilsk. Viele indigene Territorien in Russland sind durch staatsnahe Rohstoff- und Schwerindustrie-Konzerne arg verwüstet. Solche Zerstörung geschieht angesichts der aktuellen Repression noch mehr abseits der Öffentlichkeit.

wie Francisco Calí Tzay, UN-Sonderberichterstatter für die Rechte indigener Völker und seine renommierte Vorgängerin Victoria Tauli-Corpuz.

Indigene im Krieg

Das Delegationsmitglied Dmitry Berezhkov beleuchtete am Podium die Kriegsauswirkungen für Indigene. Der Itelmene und ehemalige Geographielehrer flüchtete vor zehn Jahren aus Kamtschatka. Er ist Chefredaktor der Webseite «Indigenous Russia» und Mitgründer des «International Committee for Indigenous Peoples of Russia» (ICIPR). Dieses wurde kürzlich als Reaktion darauf gegründet, dass Kritik am Krieg in Russland nicht mehr möglich ist und die staatstreue Indigenenorganisation RAIPON Putins Krieg sogar offen befürwortet.

Die indigene Bewegung ist derzeit gespalten: Der Kreml installiert staatshörige Personen in Indigenenorganisationen, um Indigene für den Krieg zu gewinnen. Länderübergreifende Formate wie der Sami Council oder die Organisation der Inuit zwischen Alaska und Russland sind dadurch empfindlich geschwächt worden.

Am Podium zeigte Dmitry Berezhkov auf, wie die russischen Streitkräfte Soldaten meist in abgelegenen, strukturschwachen Regionen rekrutieren. Mit dieser Strategie vermeidet der Kreml, wie schon im Tschetschenienkrieg, dass die städtische Bevölkerung zu stark vom Krieg betroffen ist und eine ernstzunehmende Opposition organisiert.

So macht die ethnisch nicht-russische und indigene Bevölkerung derzeit einen überdurchschnittlichen Teil der Streitkräfte und der gefallenen Soldaten im Krieg aus. Trotzdem rücken sie wegen des behördlichen Drucks sowie wegen Armut zahlreich ein. Denn die Durchschnittslöhne in indigenen Territorien betragen oft bloss ein Drittel des Armeesolds, obwohl sie reich an Erdöl und -gas sind. Ursache ist, dass seit Jahren staatsnahe Konzerne diese Regionen plündern. Aktuell füllen sie damit auch noch Moskaus Kriegskasse.

Wenn die Indigenen nach dem Krieg in diese vom Staat vernachlässigten Regionen zurückkehren, geht ihr Leid weiter: Psychisch und physisch geschädigt, sind sie dann mit einer unterfinanzierten Gesundheitsinfrastruktur konfrontiert. Dabei nimmt wegen der serbelnden Wirtschaftslage bereits heute die unzureichende Versorgung indigener Dörfer mit Medizin und Lebensmitteln ab.

Zudem wissen viele Indigene angesichts der staatlichen Zensur gar nicht, was sie im Krieg erwartet – auch nicht, dass sie völkerrechtswidrig Territorien der indigenen Krimtatar:innen besetzen müssen.

Im Schatten der Sanktionen

Angesichts der aktuellen Situation brauchen russische Indigene derzeit mehr Unterstützung denn je. Doch die westlichen Sanktionen verunmöglichen die Zahlung von Hilfsgeldern. Das thematisierte die Delegation gemeinsam mit der GfbV bei ihren Treffen mit den diplomatischen Missionen mehrerer Staaten in Genf. Denn obwohl die Sanktionen ein begrüssenswertes Umdenken gegenüber Russland darstellen, verschärfen sie die Wirtschaftslage im Land weiter, was sich gerade auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie Indigene auswirkt.

Weiter haben sich viele westliche Firmen wegen des unsicheren Geschäftsumfelds aus Russland zurückgezogen. Sie haben noch am ehesten Umwelt- und Menschenrechtsstandards eingehalten. Diese Lücke füllen jetzt russische und asiatische Konzerne, welche kaum Rücksicht auf Minderheitenrechte nehmen.

Die vielfältigen Probleme fassten die GfbV und ihre indigenen Partner:innen in einem Bericht zusammen und übergaben diesen mehreren UN-Sonderberichterstatter:innen und den diplomatischen Vertretungen bei ihren Treffen in Genf.

Informationen sind entscheidend

Mit dem Rückzug internationaler NGOs aus Russland sind auch die letzten Sprachrohre für Indigene verschwunden. Die neu gegründete Exil-Organisation leistet deshalb wichtige Vernetzungsarbeit und übernimmt die Interessensvertretung für indigene Aktivist:innen in Russland, die sich nicht mehr kritisch äussern können. Die GfbV unterstützt die Arbeit des ICIPR: Aktivist:innen wie Berezhkov und Tannagasheva müssen weiterhin Menschenrechtsverletzungen dokumentieren und unabhängige Informationen aus dem gleichgeschalteten Russland veröffentlichen können.

Der Kreml weiss um diese Gefahr: Im Juli forderte er den US-Internetriesen Wordpress auf, «Indigenous Russia» vom Netz zu nehmen. Der Konzern lehnte dies ab, doch in Russland ist die Seite seither gesperrt.

Foto Titelseite: In der russischen Heimat verfolgt und ins Exil gezwungen: Trotzdem setzen die drei indigenen Aktivist:innen Dmitry Berzhakov, Tjan Zaotschnaja und Yana Tannagasheva (v.l.n.r.) ihren Kampf für Menschenrechte fort. Hier vor dem UN-Gebäude in Genf.

Text: **Jochen Wolf** GfbV-Praktikant Kommunikation

EMRIP in Genf: Beleidigungen und Aggression, aber auch viel Solidarität

Weil sie Russland kritisierte, wurde Yana Tannagasheva am Uno-Expertenmechanismus für die Rechte indigener Völker EMRIP vor versammeltem Plenum von einem Vertreter des russischen Aussenministeriums bedrängt. Ihre Worte kaum verklungen, attackierte er sie verbal und forderte, dass sie sich ausweise. Als Tannagasheva ihm eine Visitenkarte des ICIPR gab, schleuderte er ihr diese sichtlich verärgert entgegen und beleidigte sie. Ähnlich reagierte der fragliche Russe kurz zuvor auf die Sprecherin der Krimtatar:innen.

Die Solidarität angesichts der beispiellosen Einschüchterung war gross: Indigene formten einen schützenden Kreis um Tannagasheva und drängten den Aggressor zurück. Dieser wurde am Folgetag durch eine Kollegin ersetzt, die den Vorfall realitätsfern einordnete: Man habe nur den Dialog angeboten, der aber von der «indigenen Partnerin» ausgeschlagen worden sei. Für die Anwesenden war dies ein Hohn: Unzählige indigene und staatliche Vertreter:innen verurteilten das Gebaren in ihren Statements. Tannagasheva und die Sprecherin der Krimtatar:innen setzten sich fortan symbolisch nebeneinander und antworteten mit starken Worten, wofür sie viel Applaus erfuhren. Erstere hielt gar ausserplanmässig die EMRIP-Abschlussrede.

«Jetzt haben alle das wahre Gesicht Russlands gesehen. So geht Russland mit Indigenen um», sagt Tannagasheva. Für sie sei das nicht neu, aber es sei krass, dass Russland sich nicht einmal mehr für solche Übergriffe auf internationalem Parkett schämen würde. Gemeinsam mit der GfbV hat sie eine Uno-Beschwerde eingereicht.



Editorial

Seit Kriegsbeginn unterdrückt das russische Regime Kritik härter denn je. Betroffen sind auch die indigenen Gemeinschaften: Ihr Aktivismus vor Ort, zum Beispiel gegen schädliche Wirtschaftsjobprojekte, ist lebensgefährlich geworden, daher bleibt für viele nur das Exil. Viele im Land Verbliebene sehen sich gezwungen, unter staatlichem und finanziellem Druck in den russischen Krieg einzurücken. Dort kämpfen sie dann für ein Land, in dem es gegenwärtig unmöglich ist, sich für indigene Rechte zu engagieren und das auch in der Ukraine indigene Territorien besetzt.

Angesichts der schwierigen Lage unterstützt die GfbV die neu gegründete Exil-Organisation «International Committee of Indigenous Peoples of Russia» (ICIPR), damit die russischen Indigenen weiterhin Menschenrechtsarbeit leisten können. So kamen Anfang Juli drei Aktivist:innen nach Genf, um anlässlich der Session des UN-Expertenmechanismus für die Rechte indigener Völker (EMRIP) zu sprechen und an zwei Podien der GfbV aufzutreten. Doch sogar innerhalb der Uno sind Indigene vor russischer Aggression nicht sicher, wie ein Vorfall inmitten der Session zeigte. Mehr dazu und zur aktuellen Situation in Russland finden Sie in dieser VOICE im Hauptartikel, in der Infografik in der Mitte sowie im Interview auf der letzten Seite.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die sich stetig verschlechternde Menschenrechtslage zeigt: Der Ansatz «Wandel durch Handel» hat im Fall Russland versagt. Dass dies auch auf China zutrifft, belegen die schockierenden Enthüllungen der «Xinjiang Police Files» zur grausamen Unterdrückung der uigurischen und anderer Minderheiten in Zwangslagern, sowie das Säbelrasseln gegenüber Taiwan. Nun muss die Schweiz endlich handeln und die EU-Sanktionen übernehmen sowie angesichts des zunehmenden wirtschaftlichen Austausches die Menschenrechte entschieden einfordern. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 6-7.

Wir wünschen eine gute Lektüre!

Tabea Willi, Kampagnenleiterin

IMPRESSUM

VOICE 3, September 2022 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch
Spendenkonto: Berner Kantonalbank (BEKB): IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1
Redaktion: Dominique Schärer, Jochen Wolf **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Fabienne Krebs, Tabea Willi, Simon Benthous **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 4300 Exemplare **Druck:** Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr (wird jährlich einmal von Ihrer Spende abgezogen) **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 80.–/Jahr **Titelbildfoto:** René Torres

Wie Russland sich definitiv von der Demokratie verabschiedet hat – und wie indigene Aktivist:innen dagegen aufbegehren.

Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zerlegt der Kreml mit beispielloser Härte seine Zivilgesellschaft und deren Forderungen. Neben mutigen Menschen in Russland hält auch eine Gruppe von geflüchteten Indigenen dagegen. Sie stammen aus unterschiedlichen Regionen und Gemeinschaften. Im Exil bündeln sie ihre Kräfte und bauen mit der Unterstützung der GfbV eine neue Organisation auf.

24. Februar 2022

Seit Ende Februar 2014 besetzt Russland die ukrainische Halbinsel Krim und die Bezirke Donezk und Luhansk. Im Februar 2022 marschieren russische Truppen in einer grossangelegten Offensive in die Ukraine ein.

März 2022

Russland fährt seine Repression weiter hoch: Der Kreml lässt die Friedensproteste niederschlagen und verhaftet Tausende von Demonstrant:innen, darunter unzählige Menschenrechtsaktivist:innen.

4. März 2022

Zwei Gesetze treten in Kraft, die wahrheitsgetreue Berichte zum Krieg verunmöglichen. In der Folge verlassen internationale Medien das Land und russische Medien stellen ihre Berichterstattung zum Krieg ein. Facebook, Twitter und Instagram werden in Russland blockiert.

10. März 2022

Sieben geflüchtete Exil-Indigene, darunter bekannte indigene Aktivist:innen und Partner:innen der GfbV, gründen das ICIPR. Damit antworten sie auf Repression, Zensur und die Unterwanderung von Indigenenorganisationen durch das Regime.

8. April 2022

Die russische Justiz entzieht ausländischen NGOs die Lizenz. Damit ist internationale Menschenrechtsarbeit vor Ort quasi verunmöglicht.

29. Juni 2022

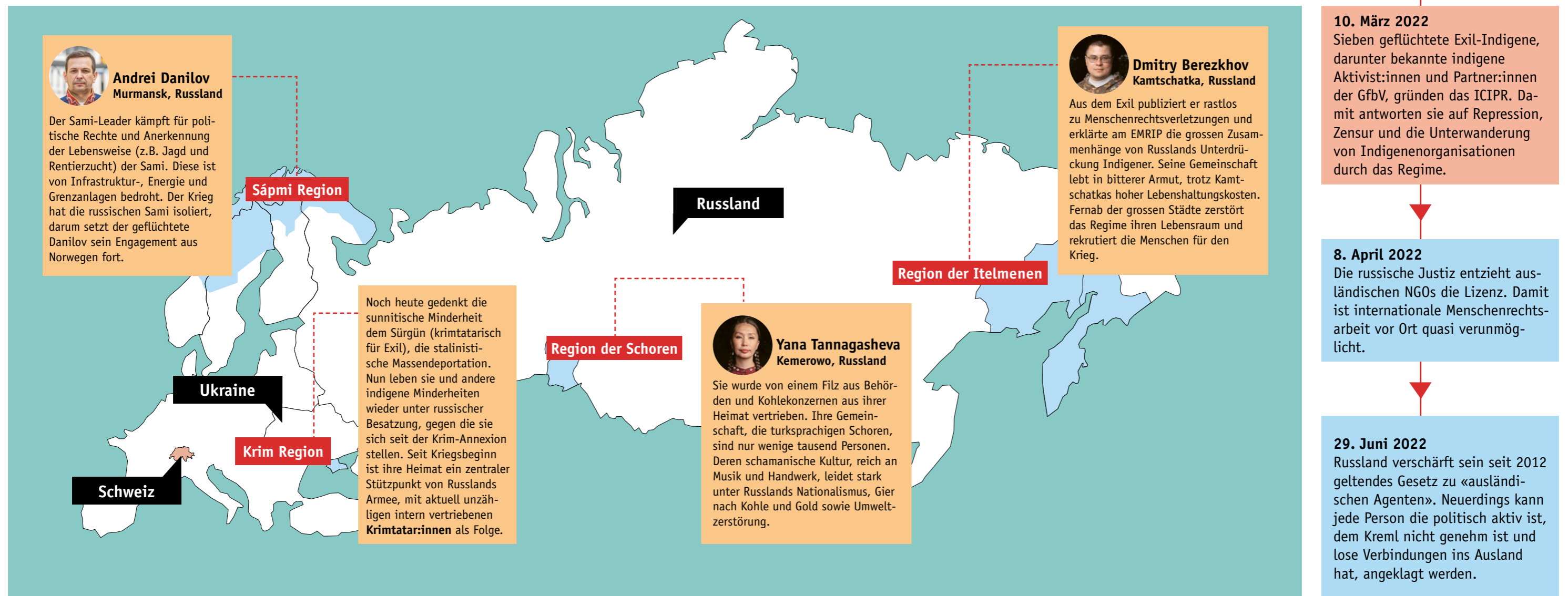
Russland verschärft sein seit 2012 geltendes Gesetz zu «ausländischen Agenten». Neuerdings kann jede Person die politisch aktiv ist, dem Kreml nicht genehm ist und lose Verbindungen ins Ausland hat, angeklagt werden.

24. August 2022

Die indigene Exil-Organisation ICIPR veröffentlicht den Bericht «Russian Aggression against Ukraine and Indigenous peoples of Russia». Er zeigt, wie indigene Gemeinschaften durch den Ukrainekrieg und die Repression des Kremls noch bedrohter sind als zuvor und stellt Forderungen an die internationale Gemeinschaft.

4. – 8. Juli 2022

An der Uno in Genf findet der EMRIP statt, eines der wichtigsten UNO-Instrumente für Indigenenrechte. Die GfbV begleitet ihre Partner:innen vom ICIPR. Die Delegation trifft indigene Leader:innen, hochrangige Diplomaten:innen sowie UNO-Funktionär:innen und hält vielbeachtete Reden vor dem UNO-Plenum. Dabei wird Yana Tannagasheva vom russischen Regierungsvertreter verbal attackiert. Ausserdem diskutieren indigene Expert:innen an zwei GfbV-Podien die aktuelle Lage.



Schweiz verschärft Ton gegenüber China – doch handelt sie auch?



Die sogenannten „Xinjiang Police Files“, im Mai geleakte Fotos und Dokumente der chinesischen Behörden, offenbarten die brutale Unterdrückung in den Zwangslagern.

Jüngste Enthüllungen zu Ostturkestan (chinesisch: Xinjiang) schockieren und beweisen abermals, wie grausam Peking uigurische und weitere Bevölkerungsgruppen unterdrückt. Das bewegt auch die Schweiz: Immer mehr Stimmen fordern politischen Druck statt die eigennützige Verfolgung von Wirtschaftsinteressen. Dass sich die hiesige Politik bewegt, ist zu begrüßen. Doch verglichen mit den Massnahmen der USA und der EU, bleibt die Schweiz bisher untätig. Die GfbV will das politische Momentum nutzen und plant diesen Herbst gemeinsame Aktionen mit der uigurischen Bewegung.

Für Minderheiten inner- und ausserhalb Chinas, Menschenrechtsaktivist:innen und die Weltöffentlichkeit war dieses Jahr schockierend: Die sogenannten «Xinjiang Police Files», im Mai geleakte Fotos und Dokumente der chinesischen Behörden, offenbarten die brutale Unterdrückung in Ostturkestans Internierungslagern. Das Material bestätigt unmissverständlich, was die New York Times bereits 2019 mit den «Xinjiang Papers» aufzeigte und widerlegt die scheinheilige Erzählung des chinesischen Regimes von gezielter Arbeitseingliederung. NGOs und Betroffene sprechen von einem kulturellen Genozid an den Minderheiten Ostturkestans.

Nach dem globalen Aufschrei wäre zu erwarten, dass die Staatengemeinschaft im

Rahmen der Uno entschieden gegenüber China auftritt. Doch der multilaterale Weg stösst an seine Grenzen. Michelle Bachelet, bis Ende August dieses Jahres UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, besuchte Ostturkestan im Mai. Die Erwartungen an den Besuch waren gross, die Empörung über ihr Kuschen gegenüber Peking noch grösser. Sie übernahm das Narrativ des Regimes und sprach von Arbeitsintegrationslagern. Auch versäumte sie es im Vorfeld, aus den Lagern geflüchtete Uigur:innen zu konsultieren. Dies trotz unzähliger Proteste, wie beispielsweise der diesjährigen Kundgebung des Weltkongresses der Uiguren in Genf, an dem auch die GfbV teilnahm.

Minuten vor dem Ende ihrer Amtszeit veröffentlichte Bachelet den lange erwarteten Ostturkestan-Bericht. Dieser erhärtet von UN-Seite her das Ausmass der Unterdrückung der uigurischen und anderer Minderheiten. Der Druck Chinas auf Bachelet und andere Uno-Mitgliedstaaten vor der Veröffentlichung war gross; und China verschiebt innerhalb der Uno zunehmend den Diskurs zu seinen Gunsten. Darum müssen die UN-Menschenrechtsinstitutionen künftig konsequent auftreten.

Die Schweiz hinkt hinterher

Gerade weil der multilaterale Weg an seine Grenzen stösst, muss sich die Schweiz mehr an der EU-Politik orientieren. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

schritt rhetorisch voran, als sie letzten Herbst verkündete, dass keine Importe aus Zwangsarbeit mehr geduldet würden. Noch dieses Jahr soll ein konkreter Vorschlag für die Umsetzung im EU-Raum vorliegen.

Auch die USA tritt konsequent auf: Seit Juni ist mit dem «Uighur Prevention Act» ein Gesetz in Kraft, das die Beweislast in Bezug auf Zwangsarbeit umkehrt. Unternehmen, die aus Ostturkestan importieren, müssen beweisen, dass keine Zwangsarbeit involviert ist. Die Linie Washingtons mag vor allem geopolitisch motiviert sein, doch keine Regierung benennt die Gräueltaten Pekings klarer und lässt es sich derart viel kosten, ihre Wirtschaft aus dem Teufelskreis der Abhängigkeit von China zu lösen.

Dass die Schweiz hinterherhinkt, ist nicht neu. Sie schwieg zur Winterolympiade in Peking und übernahm bisher keine der geltenden EU-Sanktionen. Trotz einem dezent kritischeren Ton betont der Bundesrat weiter die Bedeutung der Handelsbeziehung zu China. Dabei sollte die Schweiz in den nächsten zwei Jahren als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat gegenüber autoritären Regimes Rückgrat zeigen.

Im Parlament jedoch tut sich etwas in Bern – sogar im bürgerlichen Lager: So kritisierte Gerhard Pfister (Die Mitte, ZG) in der Aargauer Zeitung den Vorsitzenden von Swissmem (Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie), weil dieser in der NZZ am Sonntag die gegenwärtige China-Kritik als schrill und hinderlich für Schweizer Wirtschaftsinteressen bezeichnete.

Kein Profit aus Unterdrückung schlagen

Nationalrätin Christine Badertscher (Grüne, BE) fragte den Bundesrat nach Massnahmen in Bezug auf die chinesischen Sicherheitstechnologiefirmen Hikvision und Dahua. Ein SRF-Bericht zeigte, dass die beiden teils staatlich kontrollierten Firmen Schweizer Städte mit Kameras ausgerüstet haben. Das ist problematisch, da beide Firmen Infrastruktur für Chinas Massenüberwachung in Ostturkestan gestellt haben, beispielsweise Gesichtserkennungskameras vor den Moscheen. Im SRF-Bericht stellt Fabienne Krebs von der GfbV klar: «Wer Produkte von Hikvision bezieht, der unter-

stützt diese Unterdrückungspolitik indirekt.» Sie betont, dass Behörden, die öffentliche Gelder einsetzen, eine wasserdichte Sorgfaltsprüfung durchführen müssten.

Nicolas Walder (Grüne, GE) zielt auf die Finanzierung von Firmen wie Hikvision. Diese kommt nämlich auch von Schweizer Finanzinstituten, wie GfbV-Recherchen zeigten. Wie auch die GfbV fordert Walder vom Bundesrat Kontrollmechanismen und eine Sorgfaltsprüfungspflicht um zu verhindern, dass der Schweizer Finanzsektor an der Unterdrückung in Ostturkestan mitverdient. Diese Forderung ist zentral hinsichtlich der laufenden hochrangigen Finanzmarkttreffen zwischen China und der Schweiz, bei denen die Menschenrechte nicht aussen vor bleiben dürfen.

Während sich der Bundesrat gewohnt zuversichtlich zeigt, lässt sich Corina Gredig (GLP, ZH) nicht davon zufriedenstellen, dass China vor dem Uno-Besuch ankündigte, internationale Konventionen gegen Zwangsarbeit anzunehmen. Ihre parlamentarische Initiative knüpft beim Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative an und ist massgeschneidert für China: Firmen müssten bei einer Annahme Risiken von Zwangsarbeit in ihren Wertschöpfungsketten identifizieren und mindern. Die GfbV wertet es als starkes Zeichen, dass die zuständige Nationalratskommission der Vorlage zugestimmt hat – diese sollte im September in der Ständerats-Kommission behandelt werden.

«Wandel durch Handel» war naiv

Auch bei der Verwaltung findet ein Umdenken statt: Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, die eben abgetretene SECO-Direktorin, nannte gegenüber der Schweizer Illustrierten die Zusammenarbeit mit China und die damit verbundene Hoffnung auf einen Wertewandel rückblickend «vielleicht naiv». Das ist beachtlich, ist das SECO für gewöhnlich bemüht, die Interessen der Schweizer Wirtschaft zu bedienen. Die GfbV wird besonders genau hinschauen, welche Akzente die neue Direktorin Helene Budliger Artieda gegenüber China setzen wird.

Schliesslich hat auch Russlands zerstörerischer Feldzug gegen die Ukraine manche Befürworter:innen eines «Wandel durch Handel» verstummen lassen. Die Schweiz muss nun endlich zeigen, dass sie zu ihren ständig proklamierten Werten von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit steht. Deshalb muss sie die EU-Sanktionen übernehmen und gerade im Hinblick auf eine intensiviertere Finanzmarktkooperation und die neuen Verhandlungen für die Aktualisierung des Freihandelsabkommens Schweiz-China die Menschenrechte einfordern.

Text: **Jochen Wolf** GfbV-Praktikant Kommunikation (**Redaktionsschluss:** 2. September 2022)

Uigurinnen besuchen die Schweiz

Mit ihrer China-Kampagne stärkt die GfbV die uigurische Exil-Bewegung, damit deren Stimme gehört wird. Dazu plant die GfbV drei öffentliche Auftritte mit Uigurinnen, welche aus dem Zwangslager freikommen konnten. In der Woche vom 26. September werden Gulbahar Haitiwaji und Gulbahar Jalilova über ihre Erfahrungen sprechen. Beide wurden unter fadenscheinigen Gründen in chinesischen Internierungslagern festgehalten. Die Berichte der beiden Augenzeuginnen zeigen einmal mehr, dass die Schweiz ihr wirtschaftliches Gewicht für Minderheitenrechte einsetzen muss. Die Podien mit den uigurischen Augenzeuginnen finden am 27.9. in Zürich, am 28.9. in Bern und am 30.9. in Genf statt.

Mehr erfahren unter www.gfbv.ch/veranstaltungen

Konzernverantwortungsgesetz: Jetzt Petition unterschreiben!

Die Schweiz darf nicht im europäischen Abseits stehen und muss nun die Konzernverantwortung gesetzlich verankern.

Wenn Firmen Flüsse vergiften, Menschen vertreiben oder Kinder wegen wirtschaftlichen Aktivitäten krank werden, dann müssen die Verantwortlichen geradestehen: Das forderte die Konzernverantwortungsinitiative, die vor zwei Jahren von der Schweizer Bevölkerung angenommen wurde, aber am Ständemehr scheiterte.

Unterdessen führt die EU ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz ein, und die Schweiz ist bald das einzige Land, das Unternehmen nicht zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards im Ausland verpflichtet. Der Anfang Jahr in Kraft getretene Gegenvorschlag ist viel zu schwach, um die Firmen zur Verantwortung zu ziehen.

Die Schweiz muss im Einklang mit europäischen Standards handeln und ebenfalls so rasch wie möglich ein Konzernverantwortungsgesetz einführen, das im Einklang mit den Gesetzen der umliegenden Länder steht: Dies fordert die Petition, welche diesem Heft beigelegt ist.

Konzerne sollen präventive Massnahmen ergreifen, damit auch ihre Tochterfirmen die Menschenrechte einhalten und die Umwelt nicht zerstören (Fachbegriff: Sorgfaltspflicht). Eine unabhängige Aufsichtsbehörde soll kontrollieren, ob Konzerne sich an die Regeln halten und bei Verstössen Bussen verhängen können. Konzerne sollen für verursachte Schäden geradestehen und Betroffene entschädigen.

Von schädlichen Geschäftspraktiken sind auch indigene Gemeinschaften und Minderheiten betroffen: Darum setzt sich die GfbV seit Jahren für Konzernverantwortung ein.

Als Mitglied der Koalition Konzernverantwortung (früher Konzernverantwortungs-Initiative) bitten wir Sie darum, unser Anliegen weiterzutragen und die beiliegende Petition zu unterschreiben. Vielen Dank – Ihre GfbV!

www.konzernverantwortung.ch/petition



«Information ist unsere wichtigste Waffe»

Yana Tannagasheva lebte in Südsibirien, bis ein KohleKonzern das Dorf ihrer Eltern zerstörte und ihr Aktivismus dagegen sie zur Staatsfeindin machte. Die indigene Schor flüchtete vor vier Jahren ins Exil. Von dort aus kämpft die Mitbegründerin einer indigenen Exil-Organisation weiter gegen Russlands Menschenrechtsverletzungen – mit Unterstützung der GfbV.

Interview: Jochen Wolf GfbV-Praktikant Kommunikation / Foto: René Torres

Yana Tannagasheva, warum gingen Sie nach Schweden ins Exil?

Ich stamme aus der kohlereichen Kemerowo-Region. Seit vielen Jahren betreiben Konzerne dort Tagebau mit fatalen Folgen für Mensch und Umwelt. 2013 sollte meine indigene Dorfgemeinschaft ihren Besitz verkaufen, um Platz für Kohleabbau zu machen. Weil Einige sich weigerten, wurde das Dorf niedergebrannt. Wir antworteten mit Protesten und einer Beschwerde bei der Uno. Es folgten Drohungen, Beschattung und Verhöre durch russische Sicherheitsbehörden. Ich verlor meinen Job als Lehrerin: Der Direktor sagte, wenn ich bleiben wolle, solle ich schweigen. Die Lage wurde gefährlicher und als sie anfangen, unsere Kinder zu bedrohen, wussten wir: Jetzt müssen wir fliehen.

War es rückblickend richtig, Russland den Rücken zu kehren?

Es war eine sehr schwierige Entscheidung, meine Gemeinschaft und Verwandten mitten im zerstörerischen Kohleabbau zurückzulassen. Dort ist mein Land, das mir meine Vorfahren weitergegeben haben. Meine Seele schreit nach meiner Heimat. Doch ich bin verantwortlich für die Gesundheit und Sicherheit meiner Kinder. Als ich dann hörte, dass mein Sohn – jetzt ist er 17 – ein Aufgebot von der militärischen Rekrutierungsstelle erhalten hatte, war ich sicher, dass unser Schritt richtig war.

Wie geht es Ihnen im schwedischen Exil?

Der Gedanke, dass ich meine Verwandten vielleicht nie mehr sehe, ist sehr hart. Aber ich versuche mich so rasch wie möglich zu integrieren und habe dank der Arbeit rascher Schwedisch gelernt. Heute unterstütze ich in der Integrationsabteilung der Stadtverwaltung ukrainische Flüchtlinge: Ich bin selbst vom Putin-Regime betroffen und will jenen helfen, die vor dem Krieg flüchteten.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine haben Sie die neue Organisation ICIPR mitgegründet. Wie kam es dazu?

Das International Committee of Indigenous Peoples of Russia besteht aus sieben Personen: Obwohl wir Russland verlassen haben, kämpfen wir für die Rechte jener indigener Gemeinschaften, die in Russland blieben und mit dem Krieg gegen die Ukraine nicht einverstanden sind. Es ist nicht einfach, für die Menschen vor Ort eine Brücke der Hoffnung zu sein. Aber wir versuchen es und hoffen auf Frieden.

Wie kann das ICIPR russischen Indigenen helfen?

Transparente, reale und vertrauenswürdige Information ist heute unsere wichtigste Waffe. Wenige Menschen wissen, was in Russland geschieht. Es ist wichtig, Informationen zu vermitteln und eine Brücke zwischen den indigenen Gemeinschaften in Russland und der weltweiten indigenen Bewegung zu sein. Wir hoffen, dass unsere eigene Erfahrung uns dabei hilft.

Bekommen Sie Gegenwind vom Regime?

Natürlich, es ist so viel Propaganda im Umlauf. Der Staat versucht uns auf dem internationalen Parkett als nicht rechtmäßige Vertreter russischer Indigener zu delegitimieren. Es wird behauptet, wir seien in Russland gesuchte und darum geflüchtete Kriminelle, die von der NATO finanziert werden.

Doch genau das zeigt, wie wichtig die Gebiete der Arktis, Sibirien und des Fernen Ostens für das russische Regime sind. Mit Hilfe der ehemals sehr geachteten, heute vollkommen vom Regime kontrollierten Indigenenorganisation RAIPON manipuliert es die indigenen Gemeinschaften, nach dem Prinzip «Teile und herrsche». So unterstützt RAIPON sogar den Krieg gegen die Ukraine. Ich hoffe, dass unsere Organisation ICIPR eine laute Stimme für die indigenen Gemeinschaften Russlands werden kann.



Als Angehörige der Schoren lebte **Yana Tannagasheva (37)** im indigenen Dorf Kazas in der südsibirischen Kemerowo-Region. Dieses für die Industrie bedeutende Steinkohlerevier, auch bekannt als Kusnezker Becken, ist vom Tagebau stark verwüstet. Dort unterrichtete Tannagasheva als Russischlehrerin. Vor vier Jahren flüchtete sie wegen staatlicher Repression. Inzwischen lebt sie mit ihrem Ehepartner, einem ehemaligen russischen Lokalpolitiker, und ihren beiden Söhnen im politischen Asyl in Schweden. Die Mitgründerin des Exil-Indigenennetzwerks International Committee of Indigenous Peoples of Russia (ICIPR) sprach am EMRIP in Genf und arbeitet eng mit der GfbV zusammen.